

Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit,
Jugend und Soziales
Der Senator für Bildung und Wissenschaft

Bremen, 16.11.2005
Bearbeitet von
Gabriele Zaremba (4164)
Reinhard Platter (6915)

Lfd. Nr.

Vorlage Nr.
für die 22. Sitzung
der staatlichen Deputation Arbeit und Gesundheit
am 01. Dezember 2005
sowie
für die 23. Sitzung
der staatlichen Deputation für Bildung
am 22. Dezember 2005
Vorlage Nr. L 168

TOP:

Qualifizierungsfonds des BAP (Unterfonds I.4)

Innovative Berufsbildung 2010

A Problem

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt und der sich abzeichnende Mangel an Fachkräften erfordert gemeinsame Anstrengungen aller an der Berufsbildung Beteiligten, um die Attraktivität der betrieblichen Ausbildung zu erhöhen.

Im „Regionalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Bremen und Bremerhaven“ vom 30.06.2004 wurde vereinbart, neben den kurzfristigen Maßnahmen **mittelfristig** ein zukunftsfähiges und modernes Berufsausbildungssystem mit einem wachsenden Anteil dualer Ausbildung zu realisieren. Qualität und Effizienz der dualen Ausbildung in beiden Stadtgemeinden sollen gesteigert werden. Diese Vereinbarung wurde unter Punkt c) „Bremer Initiative Innovative Berufsbildung 2010“ in den regionalen Ausbildungspakt mit aufgenommen.

B Lösung

Die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven beantragt deshalb in Kooperation mit der Handelskammer Bremen die Genehmigung des Projekts „Innovative Berufsbildung 2010“. An der Vorbereitung des Projekts waren die Handwerkskammer Bremen, eine Arbeitsgruppe der Ressorts Arbeit, Bildung, Finanzen, Kultur, Wirtschaft und der Senatskanzlei beteiligt. Die Innovationsberatung wurde vom Institut Technik und Bildung (ITB) der Universität Bremen wahrgenommen. Als Anlage 1 ist eine Übersicht über das Vorhaben beigelegt.

Die Leitlinie dieses Projekts - **Qualifizieren statt versorgen – Innovation statt Subvention**“ - signalisiert die Ausrichtung dieser Initiative, die von allen Beteiligten mitgetragen wird. Sie verdeutlicht, dass es sich hierbei nicht um eine bildungspolitische

Maßnahme von beschränkter Reichweite handelt, sondern um die Modernisierung eines komplexen Bereiches von weitreichender regionaler und wirtschaftlicher Bedeutung. Insofern ist dieses Projekt als Dach zu verstehen, unter dem alle, die duale Ausbildung stärkenden Maßnahmen und laufenden Projekte, gebündelt werden sollen.

Insbesondere folgende Ziele werden in diesem Zusammenhang angestrebt:

- Erhöhung der Attraktivität und Qualität der Berufsausbildung,
- Senkung der Ausbildungskosten und Erhöhung des Nutzens,
- eine Erhöhung der Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze, um schon heute auf den sich abzeichnenden Fachkräftemangel der Zukunft reagieren zu können,
- Stärkung der Berufsorientierung und Ausbildungsberatung, damit dem Ausbildungsmarkt mehr ausbildungswillige und ausbildungsfähige Jugendliche zur Verfügung stehen,
- Erhöhung der Ausbildungschancen für Migrantinnen und Migranten,
- regionale Einpassung des dualen Ausbildungssystems in die europäische Entwicklung der Berufsbildung (Kopenhagen Prozess),
- Verbesserung des regionalen Know- How- Transfers zwischen Forschung und Wissenschaft zur Stärkung der mittelständigen Betriebe,
- Verknüpfung dualer Ausbildungsgänge mit hochschulischen Bildungsgängen,
- Professionalisierung des Ausbildungspersonals.

Diese Ziele beziehen sich auf Verabredungen, die im „Regionalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Bremen und Bremerhaven“ getroffen wurden und unterstützen somit die nachhaltige Wirkung des Pakts.

Darüber hinaus wird das „Bündnis für Arbeit und Ausbildung in Bremen und Bremerhaven“ beratend und unterstützend eingebunden.

Erwartete Wirkungen

Der erwartete Ertrag dieses Projekts wird sich vor allem in drei Punkten niederschlagen:

- (1) Eine Stabilisierung der Facharbeitsmärkte; verbunden mit einer Erhöhung der Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze,
- (2) Eine Verbesserung der Ausbildungsqualität und der Ausbildungsattraktivität für Betriebe und Auszubildende,
- (3) ein reibungsloser Übergang von Schulabgängerinnen und Schulabgängern in die Berufsausbildung.

Alle drei Punkte sind gerade vor dem Hintergrund der Verwirklichung der Chancengleichheit von Frau und Mann von besonderer Bedeutung. Sie alle eröffnen jungen Frauen Zugänge zu Beschäftigungsfeldern, die ihnen auch heute noch häufig versperrt sind. Dadurch kommt dem Programm eine hohe Bedeutung für die Erwerbstätigkeit von Frauen zu.

Alternativen

Keine

C Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen

Das Projekt wurde für eine Laufzeit vom 01.12.2005 bis zum 30.06.2008 beantragt.

Die beantragten **Gesamtausgaben** setzen sich wie folgt zusammen:

Personalausgaben	1.392.000 €	76%
Sachausgaben der Maßnahme	146.000 €	8%
Allgemeine Sachausgaben	294.000 €	16%
Gesamt	1.831.000 €	100%

Folgende Finanzierung ist vorgesehen:

<u>Eigenmittel</u>		
Kammern	232.000 €	12,7%
Universität	463.000 €	25,3%
Ressorts	220.000 €	12%
<u>EFRE –Zuschuss</u>	916.000 €	50%
Gesamt	1.831.000 €	100%

Der Mittelabfluss der EFRE_ Mittel bezogen auf die Jahre 2005, 2006, 2007, 2008 stellt sich wie folgt dar:

	2005	2006	2007	2008
EFRE- Mittel	0 €	354 600 €	354 600 €	206.800 €

Wegen der besonderen politischen Bedeutung des Vorhabens und der engen Anbindung an die für die Berufsausbildung zuständigen Stellen wurden die inhaltlichen und finanziellen Planungen von den Ressorts Arbeit, Bildung und Wirtschaft gemeinsam und einvernehmlich mit den beiden Kammern vorberaten. Die Detailprüfung des Antrags wird von der Bremerhavener Arbeit GmbH (BRAG) vorgenommen.

Der benötigte Programmzuschuss in Höhe von 916.000 € wird aus dafür reservierten Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm (BAP) Unterfonds I.4 zur Verfügung gestellt.

D Beteiligung

Die Vorlage ist abgestimmt mit dem

- Senator für Wirtschaft und Häfen und der
- Senatskanzlei

E1 Beschlussvorschlag für die staatliche Deputation für Arbeit und Gesundheit

1. Die staatliche Deputation für Arbeit und Gesundheit stimmt der Förderung des Vorhabens entsprechend den Angaben in der Vorlage zu.
- 2.** Sie bittet um regelmäßige Berichterstattung über den Verlauf des Projekts.

E2 Beschlussvorschlag für die staatliche Deputation für Bildung

Die staatliche Deputation für Bildung nimmt von der Vorlage und den Beschlüssen der Deputation für Arbeit und Gesundheit Kenntnis und bittet um regelmäßige Berichterstattung über den Verlauf des Projekts.

Anlage „Konzept „Innovative Berufsbildung 2010“